

Verein stößt an Grenzen: Aufgabe nicht mehr ehrenamtlich zu leisten

Unter der Leitung der Vorsitzenden Annegret Krauskopf (SPD) hat der Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie Ende vergangenen Monats einen Bericht des Staatssekretärs Dr. Hans-Jürgen Baedeker vom Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport zur Umsetzung des Landesprogramms „Jugend in Arbeit“ entgegengenommen.

Danach waren Ende vergangenen Jahres 81 400 junge Menschen in NRW (10,5 Prozent weniger als im vergleichbaren Vorjahresmonat) offiziell arbeitslos gemeldet. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern als langzeitarbeitslos registrierten Jugendlichen sei um rund 41 Prozent in der Zeit von September 1998 bis September 1999 zurückgegangen. Die Zwischenbilanz der Initiative kann sich sehen lassen. So befinden sich von 10 800 an der Initiative interessierten Jugendlichen 6 400 Jugendliche im Beratungsprozess. 2 490 Jugendliche wurden direkt über die Landesinitiative in einen neuen Job vermittelt.

Der Staatssekretär stellte heraus, dass es in NRW gelungen sei, die Aktivitäten der Bundesregierung zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit – das Programm JUMP – und die Landesinitiative „Jugend in Arbeit“ zu verknüpfen. Die Ergebnisse des Bundesprogramms in NRW ließen sich so zusammenfassen: Etwa 190 000 Jugendliche wurden von den Arbeitsämtern angesprochen. An die 120 000 Jugendliche erhielten ein Angebot, 38 000 hätten eine der Maßnahmen der Arbeitsämter begonnen.

Es bleibe festzustellen, dass die Landesinitiative „Jugend in Arbeit“ durch die persönliche Ansprache und die individuelle Begleitung sowohl einen direkten wie auch indirekten Mobilisierungseffekt habe. Es sei, so Baedeker, Bewegung in eine Zielgruppe gekommen, die vom Arbeitsmarkt vielfach schon abgeschrieben worden und von sozialer Ausgrenzung massiv bedroht sei. Der Erfolg dieser Initiative erkläre sich vor allem aus dem Engagement der Arbeitsverwaltung, Wohlfahrtsverbände, Kommunen und Kammern, die entsprechende Vermittlungsarbeit geleistet hätten.

Regina van Dinther (CDU) teilte mit, dass die Landwirtschaft großes Interesse daran habe, Jugendliche in ihren Betrieben auszu-

bilden, sofern diese Betriebe auch die entsprechenden Ausbildungsbeihilfen erhalten würden. Der Staatssekretär bestätigte, es gebe bereits entsprechende Kontakte und Gespräche mit den Landwirtschaftskammern.

Jens Petring (GRÜNE) erkundigte sich, ob die langzeitarbeitslosen Jugendlichen ebenfalls über dieses Programm erreichbar seien oder ob das Programm möglicherweise methodisch-inhaltlich überarbeitet werden müsse. Hier wies Baedeker darauf hin, dass das Programm noch nicht vollständig abgearbeitet worden sei. Sicherlich habe man es in der Gruppe der langzeitarbeitslosen Jugendlichen auch mit arbeitsentwöhnter Klientel zu tun. Psychologische Unterstützung und Betreuung müssten daher gewährt werden.

Bernd Flessenkemper (SPD) erinnerte an die Entwicklungsgeschichte des Programms. Man habe sich vorgenommen, möglichst viele langzeitarbeitslose Jugendliche in Arbeit zu vermitteln. Die Eintrittsschwelle in das Programm sei mit einem Jahr sehr hoch angesetzt worden. Außerdem müsse man bedenken, dass die Jugendlichen nicht nur erfasst, sondern darüber hinaus berufsfähig gemacht würden, um auf dieser Grundlage „passgenau“ arbeiten zu können.

Annegret Krauskopf (SPD) konnte auf der Ausschusssitzung auch den Vorsitzenden Dr. Roland Sellger und seinen Stellvertreter

Eine feste und verlässliche Grundlage brauchen Kinder und Jugendliche, um darauf ihr Leben und ihre spätere berufliche Existenz aufzubauen. Wo Familien dies nicht oder nicht allein zu leisten vermögen, bieten private und staatliche Organisationen mit hohem ehrenamtlichem und professionellem Engagement ihre Hilfe an.

Foto: Archiv



Manfred Laaser von der Vereinigung der Pflege- und Adoptivfamilien NRW e.V. begrüßen. Sie gaben dem Ausschuss einen Überblick über die Einschätzung der Situation im Bereich Pflegekinder in NRW aus der Sicht ihres Verbandes. In NRW leben danach etwa 25 000 Kinder kurzfristig oder für längere Zeit außerhalb ihrer Herkunftsfamilie. Für diese Art der Fremdunterbringung wenden die Städte und Gemeinden jährlich nicht weniger als eine Milliarde Mark auf. Der Bereich der Pflege- und Adoptivkinder müsse daher auch aus diesen Gründen mehr Beachtung und Aufmerksamkeit finden, erklärte Sellger. Er machte darauf aufmerksam, dass mit dem Begriff Adoptivkind oft die Vorstellung eines gesunden Säuglings verbunden sei. Meistens gehe es aber um Eltern, die ein behindertes Kind adoptieren, das niemand sonst nehmen wolle. Solche Familien seien besonders auf die Unterstützung und Beratung der Vereinigung angewiesen.

Ziel der Vereinigung sei deshalb, Kindern, die aus verschiedensten Gründen zeitweise oder ständig nicht bei ihren leiblichen Eltern leben können, zu helfen und Familien zu gewinnen, die diese Kinder bei sich aufnehmen. Dazu gehöre die Beratung und Unterstützung dieser Familien als auch das Angebot zur Weiterbildung an soziale Fachkräfte in Form von Seminaren und Fachtagungen. Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt sei die Vermittlung des Austausches von Erfahrungen durch die Förderung örtlicher Selbsthilfegruppen und die überörtlichen Treffen der Arbeitskreise.

Abschließend erläuterte der Vereinsvorsitzende, dass sich die Situation der Vereinigung derzeit als äußerst schwierig darstelle. Aufgrund der stark gestiegenen Mitgliederzahl (300 Einzelmitglieder und 45 Mitgliedsgruppen) sowie des ständig zunehmenden Beratungsbedarfs der Pflege-/Adoptiveltern und der Fachkräfte sei die bisher nur ehrenamtlich ausgeübte Arbeit, insbesondere in der Geschäftsstelle nicht mehr zu leisten.

Die Einstellung einer hauptamtlichen Fachkraft sei zwingend erforderlich, um den gewachsenen Anforderungen gerecht zu werden. Die Finanzierung dieser Stelle könne die Vereinigung jedoch nicht allein aus ihren Mitgliederbeiträgen und Spenden realisieren. Daher sein Appell an den Ausschuss, sich für diesen Bereich positiv zu engagieren.

Ute Koczy (GRÜNE) bemerkte, dass es erstaunlich sei, wie eine ehrenamtliche Organisation eine Option entwickelt habe, die eigentlich in den Bereich der Jugendhilfe gehöre. Sie lobte die komplexe und vielfältige Arbeit, die die Vereinigung für Kinder und deren Pflege- und Adoptiveltern leistet. Antonius Rüsenberg (CDU) fragte nach der Dimension der gewünschten finanziellen Unterstützung. Sellger erklärte, er denke an die Finanzierung einer Stelle für eine Fachkraft in der Geschäftsstelle.

Bernd Flessenkemper (SPD) stellte ebenfalls fest, dass die von der Vereinigung geleisteten Aufgaben nach dem KJHG zu einem Großteil kommunale Aufgaben seien. Er unterstrich, alle drei Fraktionen seien von der Notwendigkeit, die Vereinigung der Pflege- und Adoptiveltern zu unterstützen, überzeugt. Allerdings müsse man die Dimension der finanziellen Hilfe verantwortbar und umsetzbar – auch vor dem Hintergrund der übrigen familienpolitischen Maßnahmen – prüfen. Astrid Hopstein-Menn